

Übersichten

Dezember 1997

Außenpolitik

1 Der APEC-Gipfel, die asiatische Finanzkrise und die Teilnahme Chinas

Am 24. und 25.11.97 fand im kanadischen Vancouver ein Treffen der 18 APEC-Mitglieder statt - das 5. Gipfeltreffen seiner Art seit der Gründung der APEC im Jahre 1989.

Unweigerlich rückte bei diesem Treffen die Finanzkrise mehrerer asiatischer Staaten in den Mittelpunkt. In der Zwischenzeit hatten nämlich Thailand, die Philippinen und Indonesien sowie Südkorea beim IMF finanzielle Feuerwehrlilfe beantragt, und auch Japan stand nicht gerade glänzend da, nachdem sein viertgrößtes Wertpapierhandelshaus, Yamaichi Securities, hatte Konkurs anmelden müssen.

Die drei Hauptthemen der APEC-Tagung waren daher (1) die verstärkte finanzielle Zusammenarbeit zwischen den 18 Mitgliedern, (2) Initiativen für ein globales Abkommen zur Liberalisierung der Finanzdienstleistungen und (3) die Festlegung von Prioritäten für eine weitere freiwillige Handels-

liberalisierung zwischen den APEC-Mitgliedern.

Was den ersten Punkt angeht, so hatte Japan einen „Asian Monetary Fund“ vorgeschlagen, der mit 100 Mrd. US\$ ausgestattet, und - unabhängig vom IMF - als Feuerwehr in der asiatischen Krisenregion tätig werden sollte. Dieser Vorschlag stieß jedoch auf Ablehnung. Statt dessen kamen die Teilnehmer darin überein, daß der IMF (Internationale Währungsfond) nach wie vor die eigentliche Initiative für die Beseitigung von Währungsschwierigkeiten behalten und mit seinen strengen Auflagen auch weiterhin für die finanzielle Gesundung der „Tiger und Drachen“ sorgen sollte. Der IWF bleibt m.a.W. die erste - und weitaus wichtigste - Verteidigungslinie.

Längst haben die APEC-Mitglieder zur Kenntnis nehmen müssen, daß Kapitalsummen, wie sie für die Lösung der Mexikokrise im Jahre 1994 nötig waren, in Asien bei weitem nicht ausreichen: Für die Bewältigung der Mexikokrise genügten rund 20 Mrd. US\$, während im asiatischen Fall die 4-5fache Summe nötig ist.

Weniger hohe Wellen hat der Börsensturm Asiens in Indien, in Vietnam und vor allem in China geschlagen.

Das Leistungsbilanzdefizit Indiens, das allerdings nicht zur APEC gehört, beträgt mit 1,5% des BIP lediglich ein Fünftel des Defizits von Thailand und Malaysia. Auch hat sich die Schuldenrate Indiens seit 1991 von 40% auf 26% gesenkt, während die entsprechenden Obligos von Thailand und Malaysia massiv zugenommen haben. Auch haben die indischen Devisenreserven einen Rekordwert von 30 Mrd. US\$ Ende 1997 erreicht.

Vietnam und China können vor allem deshalb nicht direkt vom Börsengewitter erfaßt werden, weil ihre Börsen bisher keine ausschlaggebende Rolle spielen und weil vor allem die Landeswährungen nicht frei konvertibel sind, sondern nach wie vor bürokratisch reguliert werden. Da beide Währungen allerdings überbewertet und da außerdem die Währungen der asiatischen Hauptkonkurrenten z.T. in den Keller gestürzt sind, müssen beide Länder früher oder

später mit einer Abwertung nachziehen, da sie sonst an Konkurrenzfähigkeit verlieren.

Im übrigen verfügt vor allem die VR China über beachtliche Währungsreserven, die von Jahr zu Jahr zugenommen haben. -we-

2 Jiang Zemin bei der APEC-Konferenz in Vancouver

Bereits drei Wochen nach Abschluß seiner USA-Visite reiste Staats- und Parteichef Jiang Zemin erneut auf den nordamerikanischen Kontinent - diesmal nach Kanada, wo in Vancouver das 5. APEC-Gipfeltreffen seit 1989 stattfand. Jiang Zemin traf dort am 28. November ein, nahm an der Konferenz teil und reiste bereits am 30. November nach Mexiko weiter.

In Vancouver traf er erneut mit US-Präsident Clinton zusammen, mit dem er noch Anfang November in Washington Gespräche geführt hatte.

In der Zwischenzeit hatte es im bilateralen Verhältnis einige spektakuläre Ereignisse gegeben: Wie bereits erwähnt, hatte das Repräsentantenhaus einige äußerst chinafeindliche Gesetzesvorlagen verabschiedet, mit denen die beijingfreundliche Politik Clintons konterkariert werden sollte.

Die VR China hatte dagegegehalten und einen spektakulären Propagandaerfolg verbuchen können, als sie am 16.11. den bekanntesten Dissidenten, Wei Jingsheng, aus dem Gefängnis entließ und ihm die Ausreise in die USA gestattete.

Diese Maßnahme trug zur Entspannung bei: Clinton und Jiang Zemin kamen in Vancouver darin überein, daß der amerikanische Präsident 1998 die VR China besuchen werde.

Die beiden Außenminister, Frau Albright und Qian Qichen, besprachen Modalitäten des geplanten Eintritts Chinas in die WTO und stimmten sich im Hinblick auf die Vier-Parteien-Gespräche über Korea ab (XNA, 25.11.97).

Der kanadische Ministerpräsident Chrétien benutzte die Gelegenheit des Jiang-Zemin-Besuches, um für ein

besseres Verhältnis zwischen Kanada und China zu werben, vor allem im wirtschaftlichen Bereich (XNA, 28.11.97). Unter anderem wies er auf Kanadas Brückenfunktion im pazifischen Raum hin. -we-

3 USA (1): Hat sich die VR China in den amerikanischen Entscheidungsprozeß eingekauft?

Bereits Anfang November 1997 kam beim amerikanischen FBI der Verdacht auf, daß sich die VR China im Zusammenhang mit dem Wahlkampf von 1997 durch Geldspenden für die Demokratische Partei, vor allem für die Wiederwahl Clintons, in einer Weise eingeschaltet hat, die amerikanischen Gesetzen zuwiderläuft.

Dieser Verdacht erhärtete sich, als einschlägiges FBI-Material erneut überprüft wurde. Selbst Generalstaatsanwältin Janet Reno mußte einräumen, daß die Anschuldigungen des FBI hinsichtlich des „Influence-Buying“ der Chinesen keineswegs unbegründet waren. Beijing leugnete zwar alle entsprechenden Vorwürfe, doch konnte der FBI nachweisen, daß zumindest Mittelsmänner der VR China sich systematisch darum bemüht hätten, „to buy political influence in the United States“ (IHT, 15./16.11.97).

All diese Vorwürfe kamen wenige Tage nach der Beendigung des Jiang-Zemin-Besuchs in den USA (3.11.) ans Tageslicht (vergl. dazu C.a., 1997/10, Ü 1-Ü 3). Der Zusammenfall beider Ereignisse innerhalb so weniger Tage kann kein Zufall gewesen sein.

In der Tat begann es sich hier zu rächen, daß die amerikanische Regierung, vor allem der Präsident, sich mit den beiden Häusern des Kongresses in der Chinafrage kaum abgestimmt hatte. Auf diese Weise konnte Clinton zwar während der Phase vom 26.10. bis 3.11. gegenüber seinem Gast Jiang Zemin fast allein den Ton der amerikanischen Chinapolitik bestimmen.

Kaum hatte Jiang jedoch das Land verlassen, holte der Kongreß das Versäumte nach und sorgte nicht nur für die Veröffentlichung der peinlichen FBI-Befunde, sondern peitschte am

7.11. neun Gesetzesvorlagen durch, die an Chinafeindlichkeit ihresgleichen suchen (vgl. dazu die nachfolgende Übersicht). -we-

4 USA (2): Neun „chinafeindliche“ Gesetze

Bereits vier Tage nach Beendigung der USA-Visite Jiang Zemins holte das Repräsentantenhaus, das sich von der Clinton-Administration übergangen fühlte, zu einem Gegenschlag aus und peitschte mit breiter Mehrheit sowohl der Demokraten als auch der Republikaner Gesetzesvorlagen durch, in denen festgelegt werden sollte,

- daß chinesische Funktionäre, die sich an religiösen Verfolgungen beteiligt haben, in Zukunft kein Einreisevisum in die USA mehr erhalten.
- Das gleiche Verbot solle gegen alle Funktionäre verhängt werden, die Abtreibungen oder Sterilisationen erzwungen haben, sei es nun direkt oder indirekt.
- Darüber hinaus solle die Regierung veranlaßt werden, ein Gesetz von 1992, das Sanktionen für den Verkauf von Cruise Missiles an den Iran verbietet, auch gegen Beijing anzuwenden.
- Beschlossen wurde schließlich die Anfertigung einer Studie über die Verteidigung der Insel Taiwan, auf der notfalls auch ein fortschrittliches Raketenverteidigungssystem zu installieren sei.
- Außerdem solle die US-Regierung gezwungen werden, der Kreditvergabe vonseiten multilateraler Institutionen, wie z.B. der Weltbank, an Beijing entgegenzutreten.
- Der „Political Freedom in China Act“, der mit 416 zu 5 Stimmen verabschiedet wurde, soll darüber hinaus die Möglichkeiten des US State Department erweitern, Menschenrechtsverletzungen in China festzustellen. Zu diesem Zweck sollten sechs zusätzliche US-Diplomaten - also einer für jedes US-Konsulat in China - eigens für den Zweck dieser Identifizierung abgestellt werden. Dafür seien 10 Mio. US\$ bereitzustellen. Das State Department solle i.ü.

ein eigenes „Prisoner Information Registry“ anfertigen.

- Mit einem Stimmenanteil von 419 zu 2 wurden ferner zusätzliche 4 Mio. US\$ für den US-Zolldienst bereitgestellt, die einzig dazu dienen sollten, festzustellen, ob bestimmte Importgüter aus chinesischen Gefängnissen stammten. Solche Güter aus „Sklavenarbeit“ (slave-labour) dürften nicht auf den amerikanischen Markt kommen.
- Außerdem wurde beschlossen, die Clinton-Regierung aufzufordern, zwei frühere Abkommen zu überarbeiten, in denen amerikanischen Inspektoren das Recht zugesagt wird, chinesische Gefängnisse zu besuchen. (Im einzelnen AWSJ, 7./8.11.97; SCMP, 8.11.97; IHT, 12.11.97)

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Shen Guofang, protestierte gegen diese „antichinesischen“ Gesetze und bezeichnete sie als „schwere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VR China“. Nur wenige Tage nach dem Besuch Jiang Zemins erlassen, seien diese Gesetze ein schwerer Rückschlag in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Auch die Bemerkung vieler Abgeordneter, daß China mit diesen Gesetzen „bestraft“ werden solle, passe nicht gerade ins Rahmenwerk einer zukunftsgerichteten amerikanischen Außenpolitik (Kyodo in SWB, 12.11.97).

Dasselbe gelte für den Beschluß des Repräsentantenhauses, weitere 50 Mio. US\$ für „Radio Free Asia“ und für „Voice of America“ zur Ausweitung der Radiodienste auf 24 Std. bereitzustellen. Dies sei eine ausgesprochen feindschaftliche Maßnahme.

Alle vom Repräsentantenhaus beschlossenen Maßnahmen müssen allerdings, um in Kraft zu treten, noch vom Senat bestätigt werden. Vor Ende des Jahres 1997 kann dies nicht mehr geschehen. Außerdem dürfte es im Rahmen dieses Bestätigungsverfahrens noch einige Abmilderungen geben.

In jedem Fall aber bedeuten die „Bestrafungs“-beschlüsse des Repräsentantenhauses einen schweren Rück-

schlag und eine erneute Eintrübung der Beziehungen zu China, die sich nach dem Jiang-Zemin-Besuch bereits aufzuhellen schienen. -we-

5 USA (3): Maßnahmen in der Tibet-Frage

Bereits im August hatte der Kongreß Schritte unternommen, um einen eigenen Koordinator für Tibet zu ernennen, der die Gesetzesverletzungen chinesischer Behörden und Funktionäre in der Autonomen Region beobachten sollte (SCMP, 9.8.97).

Im Zusammenhang mit dem verschärften Tibetkurs der USA kündigte übrigens auch die Hotelkette Holiday Inn die Zusammenarbeit mit dem modernsten Hotel in Lhasa auf.

Bereits 1993 hatte eine in London angesiedelte Gruppe von Tibet-Anhängern zum Boykott gegen die Holiday Inn-Kette aufgerufen, weil sie das Management in Tibets einzigem Luxushotel übernommen habe und sich damit, wie es hieß, vor den Karren der Chinesen in Tibet habe spannen lassen. Der Vertrag der Holiday Inn-Kette war bis Oktober 1997 befristet. In der Tat zeigten sowohl der Londoner Boykott-Aufruf als auch die neue amerikanische Tibetpolitik beim Holiday Inn-Management Wirkung, so daß die Kette den Vertrag nicht verlängerte (SCMP, 3.8.97). Seitdem heißt das Hotel nicht mehr Holiday Inn, sondern schlicht „Lhasa Hotel“. -we-

6 USA (4): Die Freilassung Wei Jingshengs trägt zur Entspannung zwischen China und den USA bei

In der kurzen Zeitspanne zwischen dem Ende der USA-Visite Jiang Zemin und dem erneuten Zusammentreffen Jiangs mit Clinton bei der APEC-Gipfelkonferenz in Vancouver landete die VR China einen propagandawirksamen Coup, indem sie ihren prominentesten Dissidenten, Wei Jingsheng, in die USA ausreisen ließ.

Der 1950 in Beijing geborene Wei war 1979 aufgrund seiner Poster-Angriffe gegen Deng Xiaoping zu 15 Jah-

ren Gefängnis (wegen „Konterrevolution“) verurteilt worden. Am 14.9.93 hatten die Behörden Wei - sechs Monate vor dem Ablauf seiner Haftfrist - auf freien Fuß gesetzt, um auf diese Weise Stimmung zugunsten der VR China bei der Bewerbung um die Austragung der Olympischen Spiele im Jahr 2000 zu machen. Doch schon wenige Monate später war Wei erneut eingekerkert und im Dezember 1994 zu weiteren 14 Jahren verurteilt worden.

Am 16. November 1997 wurde er vorzeitig mit der Auflage entlassen, nicht mehr in die Volksrepublik China zurückzukehren.

Die USA erklärten sich daraufhin bereit, auch noch anderen chinesischen Dissidenten, wie z.B. Wang Dan, Asyl zu gewähren, würden sie aus dem Gefängnis entlassen.

In den USA war Wei mehrere Tage im Krankenhaus behandelt worden und hatte dann von der Columbia-Universität die Einladung zu Vorlesungen erhalten.

Auch die kalifornische Berkeley-Universität bot dem Dissidenten eine Lehrstelle an. -we-

7 China fordert erneut die Aufhebung des US-Embargos gegen Kuba

Anfang November kam der Bruder des kubanischen Staatspräsidenten, Raul Castro, an der Spitze einer Regierungsdelegation in die VR China.

Fidel Castro hatte 1995 die Volksrepublik besucht. Sein Bruder folgte ihm nun 1997, um auf diese Weise die enge Zusammenarbeit zwischen den beiden „sozialistischen“ Staaten zu unterstreichen, die in den 60er und 70er Jahren zwar noch heftige ideologische Kämpfe gegeneinander ausgefochten hatten, die nun aber zumindest nach außen hin in bestem Einvernehmen zueinander stehen.

Beim Besuch Raul Castros forderte die VR China erneut die USA auf, das Embargo gegen Kuba aufzuheben (XNA, 7.11.97). -we-

8 Li Peng in Japan: „Fünf Prinzipien“ für das 21. Jahrhundert

Nur eine Woche nach der USA-Visite Jiang Zemin setzte Ministerpräsident Li Peng einen außenpolitischen Gegenakzent und stattete dem Nachbarland Japan vom 11. bis 16. November einen Besuch ab - es war die erste Visite eines chinesischen Regierungschefs seit acht Jahren. Anlaß war der 25. Jahrestag der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Japan im Jahre 1972.

Li Peng führte Besprechungen mit seinem Amtskollegen, Ministerpräsident Hashimoto, und hielt eine Grundsatzrede, in der er Fünf Prinzipien für die künftige Gestaltung der bilateralen Beziehungen vorschlug: Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen; friedliche Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten; Vertiefung des Dialogs zur Mehrung des gegenseitigen Verständnisses; Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie korrektes Geschichtsbewußtsein, um auf diese Weise eine „Freundschaft von Generation zu Generation“ zu zementieren (XNA, 18.11.97). Für das chinesisch-japanische Verhältnis gibt es damit inzwischen drei Grundsatzdokumente, nämlich die „Gemeinsame Erklärung“ von 1972, den „Chinesisch-Japanischen Vertrag über Frieden und Freundschaft“ von 1978 sowie die jetzt verkündeten „Fünf Prinzipien“.

Mit der erneuten Betonung der „Nichteinmischung“ spielt Beijing offensichtlich vor allem auf die zwischen beiden Seiten nach wie vor bestehende Taiwan-Problematik an. Japan hatte im September 1972 bei der Aufnahme beiderseitiger diplomatischer Beziehungen seinen Botschafter aus Taipeh abberufen und die Regierung in Beijing als einzige legitime Vertretung Chinas anerkannt.

Nun hat aber Japan in den neuen gemeinsamen Richtlinien zum japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag vom September 1997 eine Klausel unterzeichnet, derzufolge die USA und Japan im Falle einer militärischen Krise „in der Umgebung Japans“ („in the area surrounding Japan“) enger zusammenarbeiten sollten.

China hatte auf dieses Kommuniqué sogleich mit einem Kommentar der *Volkszeitung* (RMRB, 25.9.97) reagiert und vor allem zwei Fragen gestellt: Von wem fühle sich Japan in der Region bedroht und was sei, zweitens, mit „Umgebung Japans“ gemeint: etwa auch Taiwan?

Bei seinem Japanbesuch forderte Li Peng die japanische Regierung mehrere Male auf, unmißverständlich klarzustellen, daß die neuen Richtlinien zum japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag keine Anwendung auf Taiwan finden. Li Peng wußte sehr wohl, daß die VBA-Militärmanöver in der Straße von Taiwan im März 1996 der unmittelbare Anlaß für die Neufassung der Richtlinien war.

Mit „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ meint Beijing aber, zweitens, auch den Konflikt um die zwischen beiden Seiten umstrittene Insel Diaoyutai/Senkaku.

Der Appell an das korrekte Geschichtsbewußtsein spricht ein altes chinesisch-japanisches Problem an: Japan sieht sich aufgefordert, sich zu den Missetaten der kaiserlichen Armee während des Eroberungskriegs gegen China zwischen 1931 und 1945 zu bekennen und Vergangenheitsbewältigung zu leisten. Vor allem das „Massaker von Nanjing“ wird von chinesischer Seite immer wieder in die Gespräche und Verlautbarungen eingebracht - und ist ganz dazu angetan, das schlechte japanische Gewissen erneut wachzurufen, wobei sich die chinesische Seite keineswegs scheut, auch gleich materielle Zusagen mit herauszuschlagen.

Während des Li-Peng-Besuchs wurde auch ein Fischereiabkommen und ein Abkommen über den Umweltschutz zwischen beiden Seiten abgeschlossen. In dem Fischereiabkommen wurde die Diaoyutai-Frage allerdings ausgeklammert.

Vereinbarungen wurden auch über den Austausch von Dienstleistungen getroffen: Hierbei handelt es sich um einen wichtigen Aspekt, der eine Rolle beim erstrebten Beitritt Chinas zur WTO spielen könnte.

Li Peng besuchte darüber hinaus eine Reihe von bekannten japanischen

Firmen, darunter vor allem Honda (XNA, 18.11.97). Mit der Regierung kam Li Peng zu der Übereinkunft, den Besuchsaustausch auf höchster Ebene in Zukunft noch weiter zu intensivieren (ebd.). Gespräche und ständige Konsultationen - dies seien die richtigen Mittel, um die Zusammenarbeit auch im Hinblick auf das 21. Jh. weiter zu bestärken.

Am 12.11. stattete Li Peng dem japanischen Kaiser einen Höflichkeitsbesuch ab. Kaiser Akihito war 1992 zu einem Besuch in der VR China gewesen (XNA, 13.11.97). -we-

9 Die Südasienpolitik Beijings: Immer noch mit einer Anti-Indien-Komponente?

Zu Südasien gehören bekanntlich sieben Länder mit zusammen rd. 1,3 Mrd. Einwohnern, nämlich die drei Großen (Indien, Pakistan, Bangladesch), darüber hinaus aber auch noch vier kleinere Staaten, nämlich die beiden Himalaya-Fürstentümer Nepal und Bhutan sowie die Inselstaaten Sri Lanka und Malediven.

Im Mittelpunkt dieses südasiatischen „Systems“, das seit 1983 auch im Zeichen einer regionalen Gesamtorganisation namens SAARC (South Asian Association for Regional Corporation) steht, bildet Indien den Dreh- und Angelpunkt. Da andere Staaten den Indern aus z.T. wohlbegründeten eigenen Erfahrungen Dominanzabsichten unterstellen, hat sich seit langem eine antiindische Front herausgebildet, die zwar keinerlei formelle Struktur besitzt, die aber informell ihre Wirkung durchaus entfaltet und die nicht zuletzt auch den Chinesen wohlbekannt ist, wobei Beijing viele Jahrzehnte hindurch kein Hehl daraus machte, daß es bereit sei, diese Spaltung auch für eine Divide-et-imperat-Politik zu nutzen.

Zu den Hauptgegnern Indiens gehören in erster Linie der Erzrivale Pakistan, aber auch Nepal, das einen überstarken Einfluß Delhis befürchtet, und nicht zuletzt Sri Lanka, das vor allem gegenüber der Tamilen-Welt Ängste hat.

Solange Indien eng mit der Sowjetunion zusammenarbeitete, hatte Beijing

nie einen Zweifel daran, wie es in seiner Südasienpolitik verfahren müsse: Wo immer möglich, versuchte es, anti-indische Fronten zu bestärken, wobei vor allem Pakistan eine Schlüsselrolle spielte. Kein Wunder, daß die Beziehungen zwischen Beijing und Islamabad mit zu den stabilsten Pluspunkten in der chinesischen Außenpolitik überhaupt gehören.

Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sah sich die VR China gezwungen, ihr Verhältnis zur südasiatischen Vormacht Indien neu zu überdenken. Da der Hauptnachfolgestaat der Sowjetunion, nämlich Rußland, zu China mittlerweile in ein Verhältnis „strategischer Partnerschaft“ eingetreten ist, können die Beziehungen zwischen Moskau und Delhi nicht mehr in der gleichen Weise als Belastung eingestuft werden wie früher.

Andererseits beginnt Indien mittlerweile immer mehr ins Blickfeld der US-Außenpolitik zu rücken. Im November 1997 beispielsweise besuchte Madeleine Albright, die Außenministerin der USA, Delhi - es war dies der erste Besuch eines amerikanischen Außenministers seit 17 Jahren. Außerdem will US-Präsident Clinton 1998 Indien besuchen - dies wäre der erste Besuch eines amerikanischen Staatsoberhauptes seit sage und schreibe 29 Jahren. Überhaupt schenkt die Clinton-Administration in ihrer zweiten Amtsperiode dem Bereich Südasien, vor allem aber Indien, mehr Aufmerksamkeit. Diese Neubewertung hat mehrere Gründe: zum einen nimmt das Störpotential der nuklearen Schwellenstaaten Indien und Pakistan, die weder den Nichtweiterverbreitungspakt noch das Atomtestverbot unterzeichnet haben, zu. Zum andern erhöht sich aber auch das Wirtschaftspotential einer Region mit 1,3 Mrd. Menschen, die durch Wirtschaftsreformen rasch an Effizienz gewonnen haben und die deshalb auch für die amerikanische Wirtschaft wichtig werden.

Was die Gewichte innerhalb der Region Südasien anbelangt, so war Pakistan zwar seit Jahrzehnten einer der besten Verbündeten der USA. Doch ist es dort neuerdings zu einem steigenden Antiamerikanismus gekom-

men, der sich auch in einer Reihe von Terroranschlägen entladen hat. Anfang November 1997 beispielsweise wurden vier amerikanische Staatsbürger von Mordkommandos liquidiert, wobei dieses Vorgehen offensichtlich eine Reaktion auf die Festnahme eines pakistanischen Terroristen war, der in den USA zwei CIA-Angehörige ermordet hatte und - nach einer spektakulären CIA-Jagd - in Pakistan gestellt, zurück nach Amerika verfrachtet und dort zum Tode verurteilt worden war. Die Ermordung der vier Amerikaner hat dazu geführt, daß viele Amerikaner mittlerweile Pakistan fluchtartig verlassen oder aber nach einem wirkungsvolleren Schutz verlangen (IHT, 15./16.11.97).

Gleichzeitig haben sich die amerikanischen Beziehungen zu Indien verbessert, das ja von 1971 bis 1991 eng mit der Sowjetunion verbündet gewesen war, das nun aber auf eine Linie eingeschwenkt ist, die den USA zu behagen scheint.

Eine amerikanisch-indische Annäherung wäre für China keine angenehme Perspektive.

Was also tun?

Anlässlich des 50. Jahrestags des Bestehens der Republik Pakistan entsandte China die Stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Komitees des NVK, Chen Muhua, als „Sondergesandte Chinas“ nach Pakistan, aber auch nach Nepal und nach Sri Lanka. Frau Chen, die früher eine Zeitlang auch Mitglied im Politbüro gewesen war, besuchte vom 5. bis 10. November Pakistan und hielt sich dort sowohl in Islamabad als auch in Lahore und in der Hafenstadt Karachi auf. Sie beschwor die „allseitige kooperative Partnerschaft“ zwischen beiden Ländern, die auch im 21. Jh. noch bestärkt werden sollte (XNA, 7. und 10.11.97) und bezeichnete die chinesisch-pakistanischen Beziehungen als „genauso unerschütterlich, wie es Gebirge sind“ (XNA, 9.11.97). Unter anderem eröffnete sie die Jinnah-Brücke zwischen dem Hafen von Karachi und dem Rest des Landes, die nach dem Gründer des Staates Pakistan, Ali Jinnah, benannt ist, die eine „vitale Verbindung“ innerhalb Pakistans bildet und die, wie es hieß, das Ergebnis der wirtschaftlichen Zusam-

menarbeit zwischen beiden Ländern sei und z.T. mit chinesischer Hilfe erstellt wurde (XNA, 11.11.97).

Anschließend stattete Chen Muhua noch dem Königtum Nepal einen fünftägigen Besuch und der Republik Sri Lanka einen dreitägigen Besuch ab (XNA, 15. und 20.11.97). -we-

10 Südafrika: Mit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen soll auch der bilaterale Handel aufblühen

Südafrika hat auch unter der Führung Nelson Mandelas lange Zeit versucht, Doppelkontakte zu beiden Chinas zu knüpfen, vor allem aber seine offiziellen Beziehungen zu Taiwan aufrechtzuerhalten. Nachdem Beijing solchen Plänen einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, beschloß Johannesburg, sich ins Unvermeidliche zu fügen, die Beziehungen zu Taiwan abzubrechen und, beginnend mit dem 1. Januar 1998, diplomatische Beziehungen mit Beijing aufzunehmen.

Schon im Vorfeld dieses Ereignisses kam nun eine chinesische Handelsdelegation unter der Leitung des Stellvertretenden Außenministers Shi Guangsheng nach Südafrika. Dabei wurden 18 Handels- und Investitionsverträge mit einer Gesamtsumme von 540 Mio. US\$ unterzeichnet. Der umfangreichste Kontrakt wurde zwischen der chinesischen „Northeastern Power Transmission and Transformation Group“ und der südafrikanischen Eskom abgeschlossen. Hierbei ging es um südafrikanische Lieferungen von Stromübertragungsleitungen im Werte von 130 Mio. Dollar.

China gab ferner seine Absicht bekannt, zwölf Joint Ventures in Südafrika zu gründen.

Shi betonte, daß die in Johannesburg unterzeichneten Abkommen lediglich ein erster Schritt seien, um das gewaltige Potential, das für den Austausch zwischen beiden Partnern bereitstehe, auszuschöpfen. Die Zukunft biete noch viele weitere Möglichkeiten (XNA, 11.11.97).

Noch 1991 hatte sich der Handel zwischen beiden Seiten auf lediglich 14,7 Mio. US\$ belaufen. Bis Ende 1996

war er bereits auf 1,35 Mrd. angestiegen. In den ersten neun Monaten des Jahres 1997 hatte er erneut um 15% zugenommen (SCMP, 7.11.97).

Die VR China hat offensichtlich die Absicht, Südafrika für den Verlust seiner einst so ertragreichen Wirtschaftsbeziehungen zu Taiwan wenigstens teilweise zu „entschädigen“! -we-

11 China und die Irakfrage

Am 29. Oktober 1997 hatte der Irak beschlossen, die Amerikaner, die im „UN Inspection Team“ tätig waren, nicht mehr zu Besichtigungen zuzulassen; später drohte der Irak den USA auch noch mit dem Abschluß von U2-Erkundungsflugzeugen.

Damit war es zu einer erneuten Irakkrise gekommen, da die US-Regierung davon ausgeht, daß es im Irak noch zahlreiche versteckte Sprengköpfe mit biologischen und chemischen Waffen sowie zahlreiche (noch unentdeckte) Vorräte an tödlichen Bakterien (Anthrax) und an Nervengas VX gibt. Wegen des Verdachts, daß der Irak B- und C-Waffen besitze, war es u.a. (zusätzlich zur Besetzung Kuweits durch den Irak) 1991 zum Golfkrieg gekommen. In den anschließenden Waffenstillstandsverhandlungen hatte der Irak zugestehen müssen, daß künftig UN-Inspektionsgruppen berechtigt seien, das Land nach ABC-Waffen zu durchsuchen.

Der Irak hatte solchen Versuchen aber immer wieder Hindernisse in den Weg gelegt. Erst 1995, vier Jahre nach dem Ende des Golfkriegs, hatte das Land einräumen müssen, an der Herstellung biologischer Waffen gearbeitet zu haben.

Die USA gehen davon aus, daß diese Arbeiten fortgesetzt werden und daß die BC-Waffenvorräte vor allem in den sog. „Präsidentenpalästen“ versteckt werden, die aus „Sicherheitsgründen“ nach wie vor für Inspektionen gesperrt seien. Einer dieser Gebäudekomplexe ist nach Auskunft eines Washingtoner Fachmanns „so groß wie die ganze amerikanische Hauptstadt“.

Die USA gingen augenblicklich zu neuen Gewaltandrohungen über, falls der

Irak seine am 29.10. ausgesprochenen Verbote und Androhungen nicht zurücknehme. Großbritannien schloß sich dieser Haltung im großen und ganzen an. Die anderen drei Mitglieder des Ständigen UNO-Sicherheitsrats, nämlich Rußland, Frankreich und China, stellten sich jedoch gegen Gewaltanwendungen.

China ließ dabei den Russen den Vortritt. In der Tat verlangte Rußland, in dessen traditionellem strategischen Vorfeld der Irak ja liegt, nicht nur eine Lockerung der Sanktionen gegen den Irak, sondern setzte sich auch für eine neue Organisation der Inspektionsmannschaften ein - nach der Formel etwa „mehr Chinesen und Russen, weniger Amerikaner“.

Zur Zeit des Ausbruchs der Krise hatte gerade der VRCh-Vertreter Qin Huasun den Vorsitz im fünfzehnköpfigen Sicherheitsausschuß der UNO. Qin gab bekannt, daß der Irak die nach dem Einmarsch in Kuwait von der UNO verhängten Resolutionen von 1990 einhalten und der Unscm (United Nations Special Commission) Inspektionen gestatten müsse.

Gleichzeitig müsse jedoch auch die Souveränität und territoriale Integrität des Irak beachtet werden. Auf keinen Fall dürfe es zum Einsatz von Gewalt oder zur Androhung von Gewalt kommen. Vielmehr sei die Krise mit Konsultationen zu lösen (XNA, 14.11.97). Auch Rußland und Frankreich lehnten jede Form von Gewalt gegen den Irak ab.

In der Tat konnte dann der russische Außenminister Primakow mit dem Irak ein Abkommen aushandeln, das die Fortsetzung der Inspektionen vorsah, das auch den Ausschluß der amerikanischen Inspektoren wieder rückgängig machte, das aber die „Präsidentenpaläste“ und andere Objekte von den Inspektionen ausschloß.

Mit dieser „konsultativen Lösung“ war die Krise zwar momentan entschärft, die Amerikaner waren ihrem Ziel, auch die „Präsidentenpaläste“ mit in die Inspektionen miteinzubeziehen, jedoch nicht näher gekommen.

Die „Supermacht“ hatte damit einen empfindlichen Rückschlag erlebt - und ihren Wunsch nach einem Status quo

ante nicht durchsetzen können. Die „Strategische Allianz“ von Rußland und China hatte somit einen ersten Erfolg errungen. Dies hinderte die USA jedoch nicht, die in der Region vorhandenen 300 US-Kampfflugzeuge mit B 52- und Tarnkappenbomben zu verstärken. -we-

12 Der Blutzoll der maoistischen Revolution: Ergebnisse einer französischen Studie

Die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus hat zum Tod von 25 Mio., die des Weltkommunismus aber zu rund 100 Mio. Toten geführt. Dies ist das Ergebnis eines im November 1997 herausgekommenen 846-seitigen Sammelwerks mit dem Titel *Le livre noir du communisme. Crimes, terreur, repression* (Verlag Robert Laffont, Paris 1997), das unter der Hauptherausgeberschaft des Historikers und Kommunismusexperten Stephan Courtois erschienen ist, und zwar aus Anlaß des 80. Jahrestags der bolschewistischen Oktoberrevolution in Rußland.

Die Autoren des Sammelwerks versuchen u.a., genauere Zahlen anzugeben. Für die Sowjetunion werden 20 Mio. Opfer errechnet, für China „44,5 bis 72 Mio.“, für Vietnam 1 Mio., für Nordkorea 2 Mio., für Kambodscha 2 Mio., für Osteuropa 1 Mio., für Afghanistan 1,5 Mio., für Afrika (vor allem Äthiopien, Angola und Mozambique) 1,7 Mio. sowie für Lateinamerika 150.000.

Nach Zeiträumen aufgeschlüsselt tauchen für China folgende Zahlen auf:

- Agrarreform 1946-1952: 2 bis 5 Mio.
- Repressionen in den Städten 1950-1957: rund 1 Mio.
- Hungersnöte beim Großen Sprung nach vorn, 1959-1962: 20 bis 43 Mio.
- Kulturrevolution 1966-1970: 400.000 bis 1 Mio.
- Ermordete oder verhungerte Tiber: 600.000 bis 1,2 Mio.
- Tote in Gefangenschaft: rund 20 Mio.

- Hinrichtungen außerhalb der Repressionswellen: einige Hunderttausend.

Dies ergibt eine „Gesamtzahl der Toten“ zwischen 44,5 bis 72 Mio.

Das Sammelwerk von Courtois ist vor dem Hintergrund der innerfranzösischen Diskussion, vor allem des französischen Linksintellektualismus zu verstehen, wo die kommunistische Bewegung bis zum heutigen Tag mit einem Heiligenschein umgeben bleibt. Im Gegensatz dazu versuchen die Autoren in ihrem Schwarzbuch die Verbrechen des Nationalsozialismus mit denen des Weltkommunismus weitgehend gleichzusetzen, ohne daß deshalb bereits die These Ernst Noltes voll übernommen wird, die bekanntlich am Beginn des deutschen „Historiker“-Streits gestanden hatte und die davon ausgegangen war, daß der Nationalsozialismus eine im ideologischen „Weltbürgerkrieg“ entstandene Gegenreaktion auf den Kommunismus gewesen sei und daß von einer Singularität der Naziverbrechen deshalb keine Rede sein könne.

Das Werk von Courtois läßt sich auf eine solche Kausalverbindung zwar nicht ein, doch geht es immerhin so weit, zu behaupten, daß zwischen dem Hungertod eines ukrainischen Kulkens unter dem Kommunismus und dem Hungertod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto kein „prinzipieller Unterschied“ bestehe.

Die Massenverbrechen des asiatischen Kommunismus spielen in dem Schwarzbuch zwar nur eine untergeordnete Rolle, weil dort, nochmals sei es erwähnt, vor allem der Sowjetkommunismus in den Mittelpunkt rückt. Gleichwohl gilt auch für die Asiaten die These, daß das von den Kommunisten verübte „Klassengenozid“ in der historischen Rückschau mit dem „Rassengenozid“ Hitlers und des Nationalsozialismus durchaus gleichzusetzen sei. Zwischen dem Massenmord in der nationalsozialistischen Gaskammer und dem Massenmord im khmer-kommunistischen Reisfeld beispielsweise besteht ebenfalls kein allzu großer Unterschied!

Im Hinblick auf China sei hier eine dreifache Bemerkung angebracht: Erstens wird im „Schwarzbuch“ kor-

rekterweise ein deutlicher Strich zwischen der Mao-Zedong-Periode und der von Deng Xiaoping eingeleiteten Reformperiode gezogen: Zwischen beiden Epochen liegt mehr als nur eine Welt, zumal mit dem Beginn der Reformen von 1978 die Politik der Klassenkämpfe großen Stils eingestellt wurde.

Um so nachdenklicher muß es - zweitens - stimmen, daß die Mord- und Totschlagpolitik der Maozeit sowohl in der französischen als auch in der „linken“ deutschen Diskussion mit einem Glorienschein umgeben bleibt, während die weitaus humanere Politik der Reformer mitleidlos hinterfragt und einer Dauerpolemik unterzogen wird. Gegenüber der blutigen Klassenkampfpolitik Mao Zedongs wurde das Wort „Menschenrecht“ fast nie in den Mund genommen, heutzutage aber kann man sich eine Chinadiskussion ohne Menschenrechtseinwände kaum noch vorstellen.

Drittens ist das von Courtois vorgebrachte Zahlenwerk durchaus zweifelhaft, weil sich nirgends konkrete Anhaltspunkte für statistische Angaben finden lassen - mit der einzigen Ausnahme Kambodschas, wo die Roten Khmer peinlich genau Tagebuch über jeden einzelnen Mord geführt haben, so daß sich überall dort, wo Archive nicht nachträglich vernichtet wurden, genaue Register anlegen lassen.

In der Sowjetunion aber - und nun gar im Chaos der maoistischen Jahre, wo es nicht einmal verlässliche Wirtschaftsstatistiken gegeben hat, sind solche Berechnungen unredlich.

Bei seinem Zahlenwerk hat sich das Schwarzbuch nicht zuletzt auch auf Bilanzen von Richard L. Walker gestützt, die 1971 „for the use of the committee on the judiciary“ der USA zusammengestellt wurden, und zwar unter dem Titel *The Human Cost of Communism in China* (deutsch: *Die Menschenopfer des Kommunismus in China*, Wien 1974).

Walker stellte damals folgende Zahlenreihen - verteilt über zehn Perioden - auf:

- Erster Bürgerkrieg (1927-1936): 250.000 bis 500.000 Tote.
- Kämpfe während des chinesisch-japanischen Kriegs 1937-45: 50.000.

- Zweiter Bürgerkrieg (1945-49): 1,25 Mio.
- Landreform vor der „Befreiung“: 500.000 bis 1 Mio.
- Liquidationen zwischen 1949 und 1958: 15 Mio. bis 30 Mio.
- Koreakrieg: 500.000 bis 1,2 Mio.
- Zeit des Großen Sprungs: 1 Mio. bis 2 Mio.
- Auseinandersetzungen mit den Minoritäten, inklusive Tibet: 500.000 bis 1 Mio.
- Kulturrevolution: 250.000 bis 500.000.
- Zwangsarbeitslager: 15 Mio. bis 25 Mio.

Daraus wird eine Gesamtrate von 34 Mio. bis 62 Mio. errechnet (Ebd., deutsche Ausgabe S.29).

Wirft man einen Blick auf die „Quellen“, die Walker verwendet, so handelt es sich hier ebenfalls ausschließlich um „Schätzungen“, wobei auch zahlreiche deutschsprachige Autoren mit durchaus obskurem Hintergrund zitiert werden, z.B. der österreichische Journalist Hugo Portisch oder aber der 1967 mit einem Buch hervorgetretene Erich Röper. Portisch und Röper ergehen sich in phantasievollsten Schätzungen. Hierbei verweist Röper wiederum auf „Quellen in den USA, die von 10 bis 20 Mio. Hingerichteten im Zeitraum 1949-1954 sprechen“. Ein solches Zitat, das sich in bloßen Vermutungen ergeht, wird dann von Walker wiederum als eine Aussage angegeben, die als Beweis in die eigenen Zahlenberechnungen einfließt.

Ohne Zweifel hat es im Laufe der Zeit viele Millionen Tote gegeben, vor allem während der Landreformkampagne von 1950. Doch jede genauere Zahlenangabe verliert sich auf der Stelle im Nebel und in einem Meer von Spekulation. Wer genauere Angaben bringen will, läßt sich auf „Quellen“ ein, die weder verifiziert noch falsifiziert werden können. Jede beliebige Angabe ist hier genauso möglich wie unmöglich. Da es aus der frühmaoistischen Bewegung kaum noch Belege und Augenzeugenaussagen gibt und da sich Verstöße gegen die Menschlichkeit, anders als im nationalsozialistischen Deutschland, in fast keinerlei dokumentierter Form erhalten haben, werden Aussagen überdies um so unmöglicher, je weiter die damalige Zeit geschichtlich in den Hintergrund tritt.

Da ferner eine Reihe von kommunistischen Regimen auch heute noch weiterbesteht, sei es nun - zumindest dem Namen nach - in China, Viet-

nam und Laos, aber auch in Nordkorea und Kambodscha, kann es auch keine umfassende Aufklärung geben - von Vergangenheitsbewältigung ganz zu schweigen.

So bleibt die - von Courtois als solche aufgeworfene - Frage, ob der Terror im maoistischen China zum Regierungssystem gehört habe. Zumindest das *laogai* - und das *laojiao* - System (d.h. die „Umerziehung durch Arbeit“ in Zwangsarbeitslagern) hat die Frühzeit der maoistischen Phase entscheidend geprägt. Allein die Möglichkeit, einer *laojiao*-Prozedur unterworfen zu werden, hat auch in Zeichen des Tauwetters immer noch genügend Wirkung ausgeübt, um den einzelnen bei Raison zu halten. Gleichzeitig ist es freilich auch der - schon aus vorkommunistischer Zeit bekannte - Gruppendruck, der den einzelnen veranlaßt, nicht allzu sehr aus der Reihe zu tanzen. Alles in allem dürfte es wohl weniger die Schreckensherrschaft gewesen sein, die für Konformität gesorgt hat - und weiterhin sorgt -, sondern vielmehr der auch schon aus dem konfuzianischen System bekannte Zwang zur Unterordnung des einzelnen unter das Ganze, der vor allem durch „Einsicht in die Notwendigkeit“ veranlaßt wird.

Massenverbrechen sind im Klassenkampfmilieu der Maozeit also ganz gewiß an der Tagesordnung gewesen, doch waren sie nicht unbedingt Teil des damaligen Herrschaftssystems. -we-

Innenpolitik

13 Provinzfürhungen verlieren Zugriff auf das Bankensystem - Zentralbankfilialen werden dezimiert

Politische Interventionen lokaler Regierungsstellen in die Kreditvergabe durch Banken haben zur Krise des chinesischen Finanzsystems (siehe unter anderem C.a., 1997/11, S.1083-1084) entscheidend beigetragen. Riesige Kreditmittel wurden aufgrund politischer Vorgaben in marode Staatsunternehmen gelenkt, die diese Mittel weder zur Restrukturierung nutzen noch jemals werden zurückzahlen können. Nach dem Willen der